

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Verlag: Nachrichten Dresden.
Hauptredaktion: Postfach 25 241.
Für den Verleger: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Aufzählung oder durch die Post bei täglich einmaliger Versand monatlich 14,- M., vierteljährlich 42,- M., halbjährlich 78,- M., jährlich 140,- M. (einschl. Porto).
Anzeigen-Preise. Die einpolige 3 mm breite Zeile 1.-M. bei 10maliger Einwirkung. Anzeigen unter 10 Zeilen u. Wohnungsanzeigen, 1 polige Einw. u. Verträge 25%. Verlagsplätze laut Tarif. Zusätzl. für die Verlagsstellen. Einzelhefte 2. Preis 1.00 M. (einschl. Porto).

Schriftleitung und Hauptverlagsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Druck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdener Nachr.“) zulässig. — Unersuchte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

August Förster Flügel, Pianos

Löbau (Sa.)

Verkaufsort: Dresden-A., Waisenhausstraße 8, Central-Theater-Passage.

Eine Konferenz Lloyd Georges mit Poincaré.

Lloyd George reißt Sonnabend nach Paris.

Paris, 22. Febr. Nach hiesigen Morgenblättern steht eine Zusammenkunft Poincarés und Lloyd Georges, aber auch zwischen anderen englischen und französischen Regierungsmitgliedern in den nächsten Tagen bevor. „Daily Chronicle“ meldet, daß Lloyd George Sonnabend zu dieser Unterredung nach Paris reist. Mit ihm kommt der Finanzminister Sir Robert Horne nach Paris, der hier mit dem französischen Minister de La Sarrrie und den anderen alliierten Finanzministern die Reparationsfrage besprechen wird. Auch eine Besprechung der Außenminister soll stattfinden.

Eine Reuters-Notiz besagt: Die britische und die französische Regierung seien übereinstimmend der Ansicht, daß alle politischen Fragen, die zum Abschluß der Verhandlungen gehören, durch unmittelbare Besprechungen zwischen den Ministerpräsidenten bzw. Außenministern Großbritanniens und Frankreichs oder auch zwischen zu diesem Zweck Bevollmächtigten in London verhandelt werden sollen.

Paris, 22. Febr. Wasas meldet aus London: In amtlichen englischen Kreisen hatte man gestern Abend einen leichten Eindruck hinsichtlich der Regelung der diplomatischen Debatte über die Konferenz von Genua. Es heißt, daß dieser Eindruck infolge der gestrigen Besprechungen zwischen Poincaré und Lord Curzon entstanden sei. Es herrscht die Ansicht, daß die Frage der Garantien im Falle der Besetzung geregelt werden könne. Die alliierten Verhandlungen dauerten am Montag unter Beteiligung der französischen Regierung zusammen.

Der Zwiespalt in der Reparationsfrage.

Einiger Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.
Basel, 22. Febr. Ueber die Aufnahme der englischen Note in Paris, in der sich England mit der Ueberweisung der Verantwortung der deutschen Devisenfrage an die Reparationskommission einverstanden erklärt, jedoch verlangt, daß die Abmachungen von Cannes über die Kosten der Besatzungstruppen und die Verteilung der deutschen Reparationszahlungen definitiven Charakter haben sollen, schreibt der Pariser Mitarbeiter der „Baseler Nachrichten“: Die englische Note ist Frankreich nicht völlige Befriedigung, denn die englische Regierung knüpft Bedingungen an die Ueberweisung des deutschen Memorandums an die Reparationskommission. Nach französischer Auffassung will also England daraus Vorteile ziehen, daß es mit der Anwendung des Versailler Vertrags einverstanden ist. Man findet es sehr natürlich, daß nicht die Reparationskommission, sondern die alliierten Regierungen sich mit der Verteilung der deutschen Zahlungen, mit der Aufhebung der Abkommen von Spa und von London und der Konvention vom 13. August befassen. Man macht geltend, daß die Kon-

ventionen vom letzten Dezember und diejenigen von Cannes von der französischen Regierung niemals als definitiv angesehen worden seien. Sie hätten nach dem „Tempo“ nur als Basis für eine spätere Unterhandlung dienen sollen. Was England für endgültig angesehen haben will, will Frankreich nicht als endgültig anerkennen, sondern nur als allerdings annehmbare Verhandlungsgrundlage.

Poincaré für eine internationale Antelhe an Deutschland.

Paris, 22. Febr. Poincaré erklärte im Finanzsaal der Kammer u. a. bezüglich der Frage, wie die Regierung in den nächsten Jahren die Entschädigung für Kriegsschäden zu sichern gedenke, daß, was er erfahre, auf die Zahlungen in Deutschland im wesentlichen umfange nur zu rechnen sei, wenn eine Mobilisierung der Schulden durch eine Antelhe erzielt werde. Frankreich werde sich deshalb bemühen, die Verbündeten für den Gedanken einer internationalen Wiedergutmachungsantelhe zu gewinnen.

England für ein Verführungsregime gegenüber Sowjetrußland.

Paris, 22. Febr. Ueber eine Neuorientierung Englands hinsichtlich seiner Politik gegenüber Sowjetrußland, wovon England die französische Regierung in Kenntnis gesetzt habe, berichtet der „Tempo“: England will vorläufig auf die Anerkennung der bolschewistischen Regierung verzichten und in Genua ein Verführungsregime für Sowjetrußland vorschlagen. Die Sowjets sollen sich verpflichten, das den Ausländern gehörende Eigentum in Rußland, vor allem die Fabriken, an ihre Eigentümer zurückzugeben und Garantien für die Unternehmungen Fremder in Rußland zu bieten. Sechs Monate nach Genua soll eine neue Konferenz die Ergebnisse des Verführungsregimes prüfen. Falls die Ergebnisse zufriedenstellend sind, soll dann über die Anerkennung der russischen Staatsschuld durch die Sowjets und über die Anerkennung der Sowjetregierung durch die Mächte verhandelt werden. Aus weiteren Äußerungen des „Tempo“ ergibt sich, daß Frankreich damit noch nicht zufrieden ist. Die Sowjets müßten gleichzeitig mit den unbeweglichen auch die beweglichen Werte an die ausländischen Eigentümer zurückgeben und für etwaige Schäden Ersatz leisten.

Das Rätsel des Genuaterrmins.

Einiger Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.
Berlin, 22. Febr. Western sprach der italienische Botschafter im Auswärtigen Amt vor. Wie vorläufig verlautet, hat der Botschafter, da eine neue italienische Regierung nicht gebildet ist, die Vertagung der Genueiser Konferenz amtlich noch nicht ausgesprochen, jedoch auf die Vertagung von ein bis zwei Monate vorbereitet. Der Botschafter nannte unvorläufig als vorläufigen neuen Termin des Zusammentritts den 26. April.

Der verschwundene Ueberschuß im Reichschatz.

Die Beamtenwirtschaftsbehörden im Hauptamt des Reichschatzes.
Berlin, 22. Febr. Der Hauptamt des Reichschatzes berichtet heute den 5. Nachtrag zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921. Durch die fünf Nachtragsverträge ist der ordentliche Haushalt für 1921 auf 172 Milliarden angewachsen gegenüber den ursprünglich geschätzten 33 Milliarden. Der Reichschatz hat die Vermutung, daß der für 1922 errechnete Ueberschuß von 16,5 Milliarden vermindert und einem Fehlbetrag von 16,5 Millionen. Die Wirtschaftsbekanntnisse sind bereits zur Zahlung angewiesen im Gesamtbetrag von 850 Millionen. Eine wirkliche Reform könne jedoch, wie der Reichschatz hervorhebt, nur durch entsprechende Erhöhung der Grundsteuern erfolgen. Anträge der Unabhängigen und Sozialdemokraten verlangen, daß die widerrechtliche Wirtschaftsbekanntnisse nur an diejenigen Beamten zu zahlen ist, deren Gesamteinkommen ausschließlich Kinderzulage nicht mehr als 50000 M., resp. 40000 M. beträgt. Seitens der Regierung wurde gegen diese Anträge eingewendet, daß deren Befolgung zu ungerichteten Ueberschreitungen in den Gehaltsstufen führen würde, da beispielsweise ein Beamter, der 4000 M. Gehalt bezog, plötzlich viel mehr Bezüge erhalten würde als ein Beamter einer höheren Gehaltsstufe.

wirken soll, daß die aus den letzten Besoldungsstellungen noch rückständigen Beträge und die jetzt gewährten Ueberschreitungsgehälter sofort ausbezahlt werden.

Deutschverhaftungen in Gletiwj.

Einiger Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.
Dresden, 22. Febr. Nach hier vorliegenden Meldungen sind in Gletiwj 26 Deutsche durch die Besatzungsarmee in Untersuchungshaft genommen worden. Die Familien der von den Franzosen festgenommenen haben sich an die Reichsregierung gewendet, die gestern eine Interventionsnote nach Opatow und Paris gerichtet hat.

Deutschland und das Wirtschaftskonjunktionsforum.

Deutsche Teilnehmer an den Vorbereitungen auf Wunsch Englands.
Drahtmeldung aus der Berliner Schriftleitung.
Berlin, 22. Febr. Der gestrigen ersten Sitzung des Ausschusses für den Wiederaufbau Rußlands in London wohnten, wie von dort gemeldet wird, deutsche Vertreter nicht bei. Solche sind auf Wunsch der englischen Regierung nach London entsandt worden. Es handelt sich dabei um Vertreter des Bankwesens und der Industrie. Unter den Vertretern befindet sich Staatssekretär Bergmann. Ueber eine Vorbereitungsreise wegen der Genueiser Konferenz ist zurzeit noch nichts bekannt.

Eine linksorientierte Koalitionsregierung in Italien?

Einiger Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.
Rom, 22. Febr. Die Lösung der italienischen Kabinettkrise dürfte sich im Sinne einer breiten Koalition mit grundsätzlicher Orientierung nach links vollziehen. Am Vorbergrunde stehen die Namen Orlando und de Nicola. Die „Epoca“ besagt, daß in der kritischen Periode der Vorbereitungen für Genua Italien ohne eine Regierung sei, der das Vertrauen des Parlaments ein kräftiges Handeln ermöglichte. Dr. Benesi gab, wie die Blätter melden, wegen der Krise den Plan seiner Reise nach Rom zwecks Besprechungen auf. Dasselbe wird von Julius Kemal, dem Regierungsvizepräsidenten, gemeldet.

Rathenaus Reparationspolitik.

Wir treiben seit dem 10. Mai 1921, dem Tage der Annahme des Londoner Ultimatums, unter der Urheberschaft und Führung des Reichskanzlers Dr. Brüch und der hinter ihm stehenden Regierungsparteien eine Politik der unentwegten Erfüllung aller Reparationsforderungen, die unsere Feinde aus dem Schandvertrage von Versailles und dem Londoner Ultimatum herleiten. Die Folgen dieser Erfüllungspolitik spüren wir alle am eigenen Leibe. Sie sind: katastrophaler Sturz der deutschen Mark nach Zahlung der ersten Goldmilliarde am 31. August 1921, immer härtere Anpassung der deutschen Notienpreise, ungeheuerliche Inflation, maßlose Zerrüttung der deutschen Finanzen, Anspannung des Volkes durch neue Steuern, unabsehbare Verteuerung der gesamten Lebenshaltung, Streiks, Lohnerhöhungen, innerpolitische Kämpfe, zweimalige Kabinettkrisen, Verlust Oberitaliens und Abschluß des Wiesbadener Abkommens durch den früheren Wiederaufbauminister und jetzigen Minister des Reichs, Herrn Dr. Rathenau.

Herr Rathenau ist eine Stütze des Kanzlers. Der Kanzler würde den guten Willen der Erfüllung durch eine große Tat beweisen. Herr Rathenau half ihm dabei. Die „große Tat“ wurde das Wiesbadener Abkommen, das am 6. und 7. Oktober 1921 zwischen Herrn Rathenau und Loucheur, dem französischen Minister der zerstörten Gebiete, zum Abschluß gelangte. Es sollte den wirtschaftlichen Anknüpfungspunkt der deutschen Reparationspolitik bilden und die Reparationslasten durch Umwandlung von Goldleistungen in Sachleistungen und durch Erziehung des Zwanges durch die Freiwirtschaft tragfähiger gestalten. Herr Rathenau rühmte sofort nach seinem Zustandekommen dem deutschen und ausländischen Pressevertretern gegenüber das Abkommen mit den Worten: „Zeit Jahren fand zum ersten Male eine Verständigung statt, bei der jeder Teil auf die Interessen des anderen Rücksicht genommen hat und bei der ein freies, nicht diktiert Abkommen das Ergebnis war, ein Ergebnis, das ausschließlich auf dem Wege der Verhandlungen erzielt wurde.“

Wie diese letzten Worte in Wirklichkeit ausfallen, hat der Reichstagsabgeordnete von Dresden-Nauen, Dr. Reichert, schon in einem hochbedeutenden Buche „Rathenaus Reparationspolitik“ nachgewiesen, das in diesen Tagen im Verlage von August Scherl in Berlin erscheint und dessen Auswahlsatz uns durch das Entgegenkommen des Verlegers zur Verfügung gestellt wurde. Dr. Reichert hat bereits auf der Münchener Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie am 27. September 1921 gegen das Wiesbadener Abkommen scharf Stellung genommen. Sein Urteil hat deshalb Ansehen und besondere Beachtung, weil er die Entwicklung der Dinge aus nächster Nähe genau verfolgen konnte. Dr. Reichert weiß nicht, daß der an sich richtige Grundgedanke, Sachleistungen in Sachleistungen zu verwandeln, in dem Abkommen in seiner Weise zur Durchführung gekommen ist und daß das ganze Abkommen, durch das die Franzosen einseitig begünstigt worden sind, zu verwerfen ist, weil es zu einer weiteren Verschlechterung der finanziellen Lage Deutschlands führen muß, unsere Reparationsverpflichtungen über den Versailler Vertrag und das Londoner Ultimatum hinaus freiwillig in hohem Maße vergrößert und durch die Organisation der Sachleistungen eine Finanzwirtschaft anrichtet, die bedenklich an die Kriegszwangswirtschaft gemahnt.

Wertvolle Rechte, die uns Versailles noch gelassen hatte, haben wir in dem Wiesbadener Abkommen preisgegeben. Auf die hohen Weltmarktpreise für unsere Rohstofflieferungen haben wir verzichtet. Wir haben zugestanden, daß auch die auf dem Seeweg an die Feinde zur Lieferung gelangenden Kohlen zu den viel niedrigeren inländischen Fabrikmarktpreisen berechnet werden, was mit Milliardenverlusten verbunden ist. Wir haben auf die Selbstfreiheit unserer Reparationslieferungen verzichtet und müssen die hohen Einfuhrzölle tragen, die Frankreich durch seinen Protektionismus mit hohen Zollschranken gegen Deutschland aufrecht hat. Wir tragen die Brachtlosen bis in die zerstörten Gebiete Frankreichs und übernehmen sie auf den deutschen Reichshaushalt. Uns wird wahrscheinlich auch noch die unprezentliche Ausfuhrabgabe abgezwungen. Wir müssen Vorleistungen von vielen Millionen Goldmark machen, die uns nicht sofort, sondern erst innerhalb von 16 Jahren auf Reparationskonten anzurechnen werden. Hierdurch wird das verarmte, von unierten Seiten angelegene Deutschland der Bankier des reichen Frankreichs. Die naturgemäße Folge ist eine weitere Vermehrung unserer Inflation und ein neuer schwerer Druck auf unsere Baluta. In der Preisregelung spielen wir den Gold- und Weltmarktpreis der deutschen Ware und 6 Malten den Inlandmarktpreis zu der für einen großen Teil der Lieferungen noch nicht einmal die Deckungsnotizen deckt, weil er auf Wunsch der Regierung künstlich niedrigergehalten wird. Wir besapden die Organisation der Sachleistungen mit Anwaltsvereinigungen, statt den freien Handel in das gesamte gemeinsame Lieferungs- und Abnahmeverhältnis einzuschalten. Wir haben unsere Auslandsmärkte durch das Abkommen gefährdet und Frankreich die Möglichkeit gegeben, die deutschen Auslandsmärkte zu erobern. Wir räumten Frankreich das Recht ein, das Abkommen jeden Tag zu kündigen, während wir erst am 1. Mai 1922 mit einjähriger Fristigung vom Vertrage loskommen können. Deswegen für Reparationszwecke werden wir in ausreißendem Maße nicht erhalten. Leistungen, wie sie benannt, werden sie uns teurer zu stehen kommen, als beim Kauf im freien Markt. Wir werden in den nächsten 4 Jahren bis zu vier Milliarden Goldmark, also bis zu 280 bzw. 300 Milliarden Papiermark, allein zugunsten Frankreichs über den Versailler Vertrag und das Londoner Ultimatum hinaus zahlen müssen.